

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

18. April – 09. Mai 2025

Staatspräsident Emmanuel Macron empfing den neuen Bundeskanzler Friedrich Merz im Rahmen eines Arbeitstreffens am 7. Mai in Paris. In einem Positionspapier, das sie auf einer gemeinsamen Pressekonferenz vorstellten, riefen sie zu einer ehrgeizigen Wiederbelebung der deutsch-französischen Partnerschaft auf, um sie angesichts der geopolitischen, klimatischen, wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen zu einem echten Motor der Souveränität Europas zu machen. Im Bereich der Verteidigung kündigten sie die Wiederbelebung des deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrates an, der insbesondere die Unterstützung für die Ukraine koordinieren und die Rüstungsproduktion planen soll. Außerdem wollen sie die bilaterale Zusammenarbeit in diesem Bereich durch die Einführung eines gemeinsamen Innovationsprogramms stärken.

In Paris fand die offizielle Gedenkzeremonie zum 8. Mai in Anwesenheit von Präsident Emmanuel Macron statt. Die Zeremonie begann mit einer Kranzniederlegung an der Statue von General de Gaulle, einer Schweigeminute und dem Abspiele der Nationalhymne. Anschließend passierte Macron die Truppen auf den Champs-Élysées. In seiner Rede am Arc de Triomphe ehrte er die Kämpfer der Résistance und betonte angesichts aktueller Konflikte die Notwendigkeit, weiter für Frieden, Freiheit und ein starkes Europa einzustehen. Zum Abschluss wurde die Flamme am Grab des unbekannten Soldaten neu entzündet und der 98-jährige Résistance-Kämpfer Jean Daikhowski mit der Ehrenlegion ausgezeichnet.

Der französische Präsident Emmanuel Macron und der polnische Premierminister Donald Tusk treffen sich am 9. Mai in Nancy, um ein neues Freundschafts- und Kooperationsabkommen zu unterzeichnen, das die bilaterale Partnerschaft insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, Infrastruktur und Energie stärken soll. Hintergrund ist die anhaltende Bedrohung durch Russland und die Unsicherheit über das künftige Engagement der USA in Europa. Die Initiative betont die wachsende Bedeutung Polens in Europa und soll die Beziehungen auf das Niveau bringen, das Frankreich bereits mit Deutschland, Italien und Spanien pflegt. Es handelt sich um den ersten Freundschaftsvertrag, den Frankreich mit einem Land abschließt, mit dem es keine Grenze teilt. Tusk bezeichnet den Vertrag als „spielverändernd“, und beide Länder wollen die militärische sowie diplomatische Zusammenarbeit intensivieren. Auch eine mögliche europäische nukleare Abschreckung unter französischer Führung steht zur Diskussion. Symbolträchtig ist auch der Ort der Unterzeichnung: Die Place Stanislas in Nancy, benannt nach dem einstigen polnischen König Stanislas Leszczynski.

Emmanuel Macron empfing am 7. Mai, Ahmed al-Charaa, den syrischen Übergangspräsidenten, der seit dem Sturz von Baschar al-Assad im Dezember an der Macht ist. Bei einer Konferenz im Élysée forderte der französische Präsident ihn auf, „alles in die Wege zu leiten, um den Schutz aller Syrer ohne Ausnahme zu gewährleisten, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrem Bekenntnis oder ihren Meinungen“. Macron verlangte zudem, dass die Verantwortlichen für interreligiöse Gewalt und Massaker an Minderheiten wie den Alawiten strafrechtlich verfolgt werden. Er sprach sich dafür aus, dass die EU solche Täter systematisch sanktionieren solle. Der französische Präsident sprach sich außerdem für eine Fortsetzung der „schrittweisen Aufhebung der europäischen Wirtschaftssanktionen“ aus, falls die islamistische Koalition das Land stabilisiere. Der syrische Präsident erklärte seinerseits: „Nichts rechtfertigt“, dass die Sanktionen „aufrechterhalten werden, da sie heute dem Volk auferlegt werden und nicht demjenigen, der dieses Volk massakriert hat.“ Die Einladung des syrischen Übergangspräsidenten wurde insbesondere durch zahlreiche politische Vertreter Frankreichs stark kritisiert.

Frankreich verkauft weitere Rafale-Kampfjets an Indien. Frankreich und Indien haben am Montag, dem 28. April, ein Regierungsabkommen unterzeichnet, das den Kauf von 26 Rafale-Kampfflugzeugen für die indische Marine besiegelt. Der Wert der neuen Bestellung beläuft sich auf 6,5 Milliarden Euro. Der Kauf umfasst auch die Pilotenausbildung, Simulatoren für die Pilotengrundausbildung, zugehörige Ausrüstung, Bewaffnung und Wartung der Flugzeuge sowie Zusatzausrüstung für die bestehende Rafale-Flotte, die das indische Militär bereits 2016 für seine Luftwaffe gekauft hatte. Die Auslieferung der 36 Rafale-Kampfflugzeuge erfolgte termingerecht und in der geforderten Qualität. Mit dem neuen Vertrag, der in wenigen Wochen in Kraft tritt, hat Indien nun insgesamt 62 Rafale-Kampfflugzeuge bestellt.

Justizminister Gérald Darmanin schlägt vor, dass die Gefangenen einen Beitrag zu den von ihnen verursachten Kosten leisten sollen. „Heute kostet der Betrieb unserer Gefängnisse 10 Millionen Euro pro Tag, fast vier Milliarden Euro pro Jahr. Die Häftlinge müssen zu den Kosten ihrer Inhaftierung beitragen“, sagte der Justizminister dazu im französischen Fernsehen. Bis 2003 gab es eine solche Regelung, nach der sich die Gefangenen an den Kosten der Inhaftierung beteiligten.

Auf die Frage in der Nationalversammlung, wie der Vorschlag genau aussehen könnte, gab Darmanin keine weiteren Details bekannt. Er möchte jedoch, dass der Gesetzesvorschlag auf die Tagesordnung der Nationalversammlung gesetzt wird.

Premierminister François Bayrou hat am Mittwoch, dem 30. April, mit den verschiedenen Parteien der Nationalversammlung Konsultationen über die teilweise Einführung des Verhältniswahlrechts bei den Parlamentswahlen aufgenommen. Bayrou hatte diese Absicht bereits kurz nach Amtsantritt geäußert. Die Einführung des Verhältniswahlrechts ist eine alte Idee, die als Antwort auf die Krise der Parteienlandschaft gilt. Befürworter sehen darin sogar die Ursache der jüngsten Instabilität. Hätte man das Verhältniswahlrecht angewandt, wäre der Rassemblement National mit mehr Sitzen, stärkste Kraft geworden, während die Neue Volksfront und das Präsidentenlager deutlich weniger Mandate erhalten hätten.

Am 25. April wurde in der Moschee der kleinen Gemeinde La Grand-Combe im Département Gard ein gläubiger Muslim durch dutzende Messerstiche ermordet. Auf diese schockierende Tat reagierte Staatspräsident Macron in einer Rede am 29. April. Zuvor hatten sowohl linkspopulistische Politiker als auch Vertreter muslimischer Institutionen das „herrschende islamfeindliche Klima“ in Frankreich scharf kritisiert. Macron betonte in seiner Rede, dass sich Frankreich als ein „Vaterland des Willens und der Tapferkeit, dass sich weder durch Blut noch durch eine Rasse noch durch eine Religion noch durch eine starre Identität definiert“. Vielmehr bestehe die französische Identität in einem „jeden Tag neu erwachten Willen, mit einer Handvoll unserer Erde in der Hand große Dinge zu vollbringen. Ein Traum vom Universellen, ein Ideal, diese Solidarität, diese Treue zum Vaterland“. Die Rede hielt er nach einem Treffen mit muslimischen Vertretern, die auf zunehmende islamfeindliche Tendenzen und unzureichenden Schutz für Muslime hingewiesen hatten.

Die traditionellen Umzüge am 1. Mai in Frankreich versammelten tausende von Menschen auf den Straßen. Nach Angaben des Innenministeriums gingen in Paris rund 32.000 Menschen auf die Straße, fast doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. Das Innenministerium spricht landesweit von 157.000 Demonstranten, während die CGT höhere Zahlen nennt: rund 300.000. Für Aufsehen sorgt der verbale und physische Angriff auf den Stand der Sozialistischen Partei in Paris durch schwarz gekleidete und verummigte „Black Blocs“. Erst das Eingreifen von Polizei und Gendarmerie konnte die Situation entschärfen. Jérôme Guedj, sozialistischer Abgeordneter des Départements Essonne, und andere Parteimitglieder mussten sogar evakuiert werden. Innenminister Bruno Retailleau kritisierte den Angriff als „absolut erbärmlich“ und „inakzeptabel“.

Beschäftigte der Eisenbahngesellschaft SNCF sind seit Montag, dem 5. Mai, bis Sonntag zum Streik aufgerufen. Zwei Gewerkschaften der SNCF, die CGT-Cheminots und SUD-Rail, haben mehrere Streikankündigungen für diese Woche eingereicht. Der Vorstandsvorsitzende der SNCF, Jean-Pierre Farandou, rief die Kunden aber dazu auf, ihre Buchungen nicht zu stornieren; die Bahn werde bis zu 90 % der Verbindungen einhalten können, so Farandou. Im Einzelnen fordern die Bahnbudensteten eine Erhöhung der Arbeitsprämie der Kontrolleure, die einen Ausgleich für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit bietet, und der Traktionsprämie der Lokführer, die von der Anzahl der gefahrenen Kilometer abhängt. Im Gegensatz zu anderen Berufen hängt die Vergütung der Eisenbahner stark von diesem variablen Anteil ab, der jeden Monat zum Grundgehalt hinzukommt.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Am 7. Mai, stimmten die Abgeordneten der Nationalversammlung einstimmig dafür, zwei ihrer Kollegen, Christine Engrand (Pas-de-Calais, ehemals Rassemblement National) und Andy Kerbrat (Loire-Atlantique, La France insoumise, LFI), wegen der unrechtmäßigen Verwendung ihrer Mandatskosten vorübergehend aus dem Parlament auszuschließen. Die beiden gewählten Abgeordneten dürfen gemäß Artikel 71 der Geschäftsordnung fünfzehn Sitzungstage lang nicht an den Arbeiten der Nationalversammlung teilnehmen oder den Palais Bourbon betreten. Außerdem wird ihnen zwei Monate lang die Hälfte ihrer parlamentarischen Vergütung gestrichen. Es ist das erste Mal, dass gewählte Abgeordnete auf diese Weise wegen eines Verstoßes gegen den Ethikkodex bestraft werden. Engrand wird beschuldigt, mit den Geldern Pensionskosten für ihre beiden Hunde sowie das Abo einer Dating-Website bezahlt zu haben. Kerbrat wird der Kauf von Drogen vorgeworfen.

DIE ZAHL DER WOCHE

121.617

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	8
9	2	0	1

Seit dem Beginn des Wahlkampfs um die Präsidentschaft der Partei *Les Républicains* Mitte Februar hat sich die Zahl der zahlenden Mitglieder von 43.859 auf **121.617** erhöht. Um bei der anstehenden parteiinternen Wahl am 17. und 18. Mai stimmberechtigt zu sein, mussten Neumitglieder bis spätestens am 17. April in die Partei eintreten. Die Zahlen gehen aus einer Mitteilung der Partei vom Mittwoch, dem 30. April, hervor. Das für die Organisation des Wahlverfahrens zuständige Gremium betonte, dass die Prüfung der Mitgliederzahlen in enger Abstimmung mit den Teams beider Kandidaten erfolgte. Bei der Vorstandswahl stehen sich der aktuelle Innenminister Bruno Retailleau und der aktuelle Fraktionsvorsitzende der Partei in der Nationalversammlung, Laurent Wauquiez als Kontrahenten gegenüber.